

Antrag:

1. Das Verhandlungsergebnis mit der Stadt Norderstedt wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis des Verhandlungsergebnisses einen Vertrag mit der Stadt Norderstedt zu schließen.
3. Die aktuell vorgetragenen Äußerungen des Sozialministeriums und Innenministeriums werden mit einbezogen, um eine rechtssichere Lösung unter eventueller Einbeziehung des Kreises Segeberg zu erarbeiten, die alle mittragen können.